

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 148-2016
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.701

Eingereicht am: 08.07.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt: Nein

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Familien nach einer Frühgeburt mit einem integrierten Versorgungsmodell unterstützen

Frühgeburten sind für die betroffenen Familien häufig ein Ausnahmezustand. 7,2 Prozent der Kinder kommen in der Schweiz zu früh auf die Welt, davon jedes zehnte Kind vor der 32. Schwangerschaftswoche. Diese Kinder bleiben meist drei bis vier Monate im Spital. Viele Familien erleben die Übergangsphase vom Spital nach Hause als sehr schwierig sowie verunsichernd und wünschen sich mehr Wissen und Unterstützung. Insbesondere fehlt es an Koordination zwischen den verschiedenen vorhandenen Unterstützungsangeboten. Diese Situation führt in der Schweiz zu einer 35-prozentigen Rate von Wiederaufnahmen von Kindern ins Spital sowie zu häufigeren Notfallkonsultationen.

Erfahrungen anderer Länder in der Nachsorge und Übergangsversorgung zeigen die Vorteile. Die Ziele einer optimierten Übergangsversorgung nach einer Frühgeburt sind:

- Verbesserung des Behandlungserfolgs der Frühgeborenen
- Stärkung der persönlichen Ressourcen im Umfeld der Familie, Hilfe zur Selbsthilfe
- Verkürzung des Spitalaufenthalts
- Vermeidung von unnötigen Wiederaufnahmen ins Spital und Notfallkonsultationen
- Vernetzung der Leistungserbringer in der Region (u. a. Väter-/Mütterberatung) im Sinne einer integrierten Versorgung

Erbracht wird die Nachsorge durch ein interprofessionelles Team unter der Leitung einer «Advanced Practice Nurse».

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Sind dem Regierungsrat die Problematik von Frühgeborenen und die Schwierigkeiten für die betroffenen Familien bekannt?
2. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass es im Kanton Bern eine optimierte Übergangsversorgung und Nachsorge mittels interprofessioneller Teams mit «Advanced Practice Nurses» braucht?
3. Ist der Regierungsrat bereit, entsprechende Projekte und Initiativen im Kanton Bern ideell und finanziell zu unterstützen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, sich dafür einzusetzen, dass diese Form der Nachsorge in Zukunft in den Grundkatalog des KVG Eingang findet?

Verteiler

- Wählen Sie ein Element aus
- Grosser Rat